

Malsfeld: Alles klar für Kläranlage

Als Standort Gelände in der Hellmannsau beschlossen 20.4.1989

M a l s f e l d (hro). Die Weichen für die Abwasserreinigung in der Gemeinde Malsfeld sind gestellt. Wie nicht anders zu erwarten war, faßte das Parlament am Montag einen Beschluß, bei dem nicht nur die SPD-Mehrheitsfraktion, sondern auch CDU und FDP mitzogen. Alle drei hatten schon vor längerer Zeit bekundet, daß eine Kläranlage unbedingt notwendig sei, so daß

Wenn die Wogen trotz allem zu Beginn der Sitzung noch einmal hoch schlugen, war dies als eine Art Vorgeplänkel zu verstehen, wobei vor allem von der CDU-Fraktion noch einmal auf den Zeitpunkt des Baus der Kläranlage, die Bürgerinformation und auch die Information des Parlamentes abgehoben wurde.

In Malsfeld hatten im Grunde nur zwei Kläranlagensysteme vor Wahl gestanden. Zum einen handelt es sich dabei um eine Kompaktanlage, bei der man mit einem geringen Platzbedarf auskommen wäre und zum anderen um das erwähnte „Biolak-System“ mit großvolumigen Belebtschlammanlagen.

In einer Stellungnahme hatte auch das Wasserwirtschaftsamt der Gemeinde bescheinigt, daß „Biolak“ im kostenmäßigen Vergleich und bei den Betriebskosten am günstigsten abschneidet. Während eine Kompaktkläranlage mit Baukosten von 5,42 Millionen DM zu Buche schlagen würde und die Betriebskosten mit 174 000 DM anzusetzen wären, kommt man bei der großvol-

umigen Belebtschlammanlage nach Ansicht des Wasserwirtschaftsamtes mit 4,6 Millionen DM aus und die Betriebskosten werden sich voraussichtlich auf 117 000 DM pro Jahr belaufen.

Mit der Klärananlage, die für 10 400 Einwohnergleichwerte konzipiert sein wird, ist das Problem der Abwasserbeseitigung für Malsfeld allerdings noch nicht abgeschlossen, denn immerhin müssen noch die Hauptsammler einschließlich verschiedener Bauwerke erstellt werden, so daß man nach Mitteilung von Bürgermeister Kurt Stöhr von Gesamtkosten ausgehen kann, die bei etwa 16,5 Millionen DM anzusiedeln sind.

Zuschüsse

Lediglich mit Vermutungen und Spekulationen operierten die Gemeindevertreter hinsichtlich der zu erwartenden Zuschüsse und der Kostenabwälzung auf die Bevölkerung. In welcher Form die Bürger zur Kasse gebeten werden sollen, stehe derzeit noch nicht zur Debatte, meinte Stöhr. Zur Zeit gehe es erst einmal um

es in der Sitzung am Montag lediglich um die Grundsatzentscheidungen bezüglich des Standortes und des zu wählenden Kläranlagensystems ging. Meinungsverschiedenheiten tauchten jedoch auch dabei nicht auf. Man entschied sich für das sogenannte „Biolak-System“, das seinen Standort in der Hellmannsau haben wird.

die Grundsatzentscheidungen. Auch über die Höhe der Zuschüsse sei noch keine Auskunft möglich, allerdings richte sie sich nach der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und da müsse in Rechnung gestellt werden, daß Malsfeld zu den Kommunen mit hohen Steuereinkünften gehöre.

Vorwürfe

Auf die Vorwürfe des CDU-Fraktionsvorsitzenden Karl Mihm eingehend, die Kläranlage hätte schon vor einigen Jahren gebaut werden können und den Bürgern müsse nun reiner Wein über die finanzielle Belastung eingeschenkt werden, erinnerte Stöhr daran, daß man in der Vergangenheit erst einmal die Wasserversorgung habe in Angriff nehmen müssen. Zudem seien die Bürger nie darüber im Unklaren gelassen worden, daß nicht unerhebliche Kosten auf sie zukommen werden.

Auf die Vorhaltungen Mihms, das Parlament sei nicht ausreichend informiert worden, erhielt Stöhr Unterstützung vom FDP-Sprecher Karl Brehm, der auf die

Möglichkeit hinwies, sich persönlich weiter zu informieren, wie er selbst dies auch getan habe.

Gegen eine „Panikmache“ durch die CDU wandte sich auch Wilhelm Schwarzenau von der SPD-Fraktion, als er darauf verwies, daß man sicher nichts bauen werde, was man nicht bezahlen könne. Daß auf die Bürger Belastungen zukämen, sei ebenfalls allen Gemeindevertretern klar.

Schließlich wurde es doch noch vernünftig, und Lothar Kothe (CDU) bekundete für seine Fraktion, daß die „Biolak-Anlage“ schon wegen ihrer Bau- und Betriebskosten die günstigste Lösung für Malsfeld sei.

Bei der Vergabe des Auftrages für die baureife Planung und die Bauleitung entschied sich das Parlament einstimmig dafür, diese Punkte noch einmal begrenzt auszuschreiben und das Wasserwirtschaftsamt um Unterstützung zu bitten. Unerwartet hatte nämlich noch kurzfristig ein Ingenieurbüro ein wesentlich günstigeres Angebot als die bisher vorliegenden eingereicht.